

Bezugsgebühr:

Postkostenfrei bis Dresden bei Maßlich
gewöhnlicher Gestaltung durch weiße
Posten während und weniger, an
Gom. und Montagen mit einem
S. W. 50 Pf. Durch auswärtige Rom-
mobilien 3 M. bis 5 M. 50 Pf.
Bei einmaliger Auslieferung durch die
Post 3 M. ohne Beihang, im Aus-
land mit entsprechendem Briefporto.
Händler oder Briefe u. Corresponden-
zierschriften mit bestätiger
Certifikat (siehe Seite.)
Postkarten, Postkarten-
envelope werden überprüft;
unbefugte Namensweisen werden
nicht aufbewahrt.

Telegramm: Adressen:
Nachrichten Dresden.

Dresdner Nachrichten

Lobeck & Co.

Hoflieferanten der Majestät des Königs von Sachsen.
Chocoladen, Cacaos, Desserts.
Einzelverkauf Dresden, Altmarkt 2.

Gegründet 1856.

Buchdruckerei: Marienstr. 38. 40.

Anzeigen-Carli.

Einnahme von Anzeigen
bis zum mittligen 5 Uhr. Sonn- und
Feiertags nur Nachdruck ab von
11 bis 12 Uhr. Die Qualitätsanzei-
gen ca. 8 Silben zu 10 Pf. An-
zeigen auf der Buchseite 25 Pf.; die zugehörige Seite und Zeile
ca. 50 Pf., als Einzelblatt 60 Pf. Die Nummern und Sonn-
und Feiertagen 10 Pf. Qualitäts Grundseite
ca. 50 Pf., als Einzelblatt 60 Pf.
Qualitäts Seite und Zeile und als
Einzelblatt 60 Pf. Ausdrucke Kur-
zdruck nur gegen Voranschlag.
Vielzähliger werden mit 10 Pf.
bedrucken.

Berndrechendahl:

Am 1. Nr. 11 und Nr. 2006.



Bernhard Schäfer

Prager Straße 7

Weihnachtsgaben-Ausstellung.

Aug. Reinhardt
9 Seestrasse 9.

Bewährte Präzisions- und kurante Uhren

Jeder Art.

Lager feinster Uhrketten und Ringe.



Das seit Mai 1883 hierorts bestehende Bandagistgeschäft von Carl Wendschuch befindet sich fortgesetzt

97. 345. Eriegl: Neues englisches Kabinett. Verhandlungen, Amtshandlungen, Verhandlungen, Wirtschaftliche Witterung: Mittwoch, 13. Dezember 1905.

Die neue grossbritannische Regierung.

Das neue liberale englische Kabinett, das den Namen Campbell-Bannerman trägt, hat selbst von den konservativen Blättern eine gute Anerkenntnis erhalten. Diese Tatsache, in Verbindung mit der für die konservative Stellungnahme gegebenen Begründung, „dass die besten Bestandteile der liberalen Partei, nämlich die imperialistische Gruppe Lord Rosebery, in dem Ministerium hervorragend vertreten seien“, ist bezeichnend für den Charakter der britischen Parteidynamik überhaupt. Das politische Leben in England kennt nicht die bei uns übliche Parteidynamik in alle möglichen Parteien und Fraktionen, sondern wird neben der irischen Gruppe und den ersten schwachen Anläufen zu einer Arbeitspartei, im wesentlichen von den beiden großen Parteibildungen des Konservatismus und des Liberalismus beherrscht. Auch so aber würde man immer noch ein falsches und schiefes Bild von dem wirklichen Stande der Dinge erhalten, wollte man auf die Begriffsbildung des englischen Liberalismus unver-
schiedenartig kontinentalen Einschauungen und Erfahrungen anwenden. Einen dogmatischen schulmäßigen Liberalismus, der mit dem Prinzip der heiligen Unberücksichtigung auf die verschiedenartigsten Einzelprogramme à la Engen Nichter, Heinrich Ritter, Löb Sonnenmann, Dr. Theodor Barth oder wie die „föhrenden Größen“ sonst noch heißen mögen, schwört, gibt es in Albion überhaupt nicht. Außerordentlich parteipolitischen Kürbelschereien ist der Magistrat zu praktisch und vernünftig veranlagt, dazu steht ihm auch von Natur zu viel Patriotismus im Blute. Der englische Oberstaat hat deshalb auch niemals daran gedacht, in die Anklaven gewisser deutscher liberaler Elemente zu treten und sich irgendwie den bearbeiteten Vorwurf eines antisozialistischen Verhaltens in den die Existenz des Staates berührenden Grundfragen anzuziehen. Der Unterschied zwischen liberal und konservativ in England betrübt nicht, wie bei uns nach radikal-liberaler Aussöhnung, von vornherein eine Todesfeindschaft, sondern liegt eigentlich nur auf dem Gebiete der persönlichen Freiheit, deren ausgebauter Schnellzug das Idol jedes wachsenden Großlands bildet und die daher auch auf konservativer Seite großstolz als ein kostbares Juwel achtet wird. Die Liberalen gehen indessen in diesem Punkte noch um einige Schritte weiter und haben ihre arbeitsfähige Gemeinschaft gegen die Konservativen hierin insbesondere in zwei wesentlichen innerpolitischen Fragen, der irischen Selbstverwaltung und der chinesischen Arbeiterfrage, betätigt. Die persönliche Freiheit wird nach der Meinung der englischen Liberalen durch die von der letzten konservativen Regierung beschlossene Einführung chinesischer Arbeiter nach Südafrika gefährdet. Gleichwohl erscheint es fraglich, ob die liberale Regierung im Stande sein wird, die einmal festgestellte Tatsache rückgängig zu machen. Die konservative Presse droht für diesen Fall bereits mit dem Abfall von ganz Südafrika. In der irischen Home Rule Frage, in der der alte Gladstone das liberale Prinzip bis zur äußersten Konsequenz entwickelt hatte, ist neuerdings auch bereits ein gewisser Umschwung eingetreten. Während Campbell-Bannerman an der Gewährung einer mit der nationalen Einheit verträglichen Selbstverwaltung an Irland festhält, ist Lord Rosebery noch in der jüngsten Zeit sehr entschieden gegen jedwedes irische Zugeständnis in die Schranken getreten, und da gerade die Roseberysche Richtung erheblichen Einfluss in dem neuen Kabinett erlangt hat, so erscheinen die Aussichten auf eine Erfüllung der irischen Forderungen auch in beschränkter Form sehr problematisch. Im übrigen legen sich in England die beiden führenden Parteien im allgemeinen mit persönlichem Wohlwollen als lokale Mitarbeiter an den gemeinsamen Staats- zwecken zu behandeln.

War so bisher die Rolle, die der politische Liberalismus in England spielt, der Hauptfläche noch als diejenige einer einfachen Kontrolle des Konservatismus bei im wesentlichen gleichen Grundanschauungen zu bezeichnen, so sind neuerdings durch die vorherrschende Macht der politischen und wirtschaftlichen Interessen die imperialistischen und zollpolitischen Gesichtspunkte mit in den Vordergrund getreten und haben ihrerseits eine gewisse Verschiebung zwischen den beiden Parteien bewirkt. Der Markstein dieser Entwicklung bildet das Erscheinen Chamberlain's in der politischen Arena. Der ehemalige Kolonialminister brachte es durch die Kraft seines Geistes und seiner Agitation fertig, in seinem Vaterlande, das ehemals als die Hochburg des Freihandels galt und Konservative und Liberales gemeinsamlich der Devise „free-trade for ever“ folgen ließ, dass Vanner des Schatzhauses aufzurütteln und für den noch vor kurzem als ergreifend und ganz unmöglich allgemein verbotenen schwarzöllerischen Gedanken sogar eine annehmbare Partei auf die Beine zu bringen. Dadurch ist ein weiterer, bisher nicht gekannter Gegensatz in die englische Parteidynamik hineingetragen worden, zu dessen Verständnis ein kurzer Rückblick auf die von Chamberlain verfolgten Zielen erforderlich ist. Chamberlain's grob angelegter Plan der einheitlichen Zusammenfassung des britischen Weltreiches hat eine politische und eine wirtschaftliche Seite. Politisch will er das Mutterland und seine Kolonien durch die stärkste Heranziehung

der legieren zu der Reichsverteidigung, sowie durch ihre Beteiligung an der parlamentarischen Vertretung in London in engere Verbindung bringen, um England dadurch geschlossen und gleichzeitig bindungsfähig zu machen; dies ist der im engeren Sinne sogenannte imperialistische Teil seines Programms. In wirtschaftlicher Hinsicht aber soll Großbritannien mit seinen Kolonien einen großen gemeinsamen Staatsverband auf schwarzöllerischer Grundlage gegenüber dem Auslande mit Freihandel im Innern darstellen. Von diesen urverträglichen Grundzügen hat Chamberlain selbst bereits den einen Punkt, „Freihandel im Innern“, wegen des Widerstandes der Kolonien, die ihre jungen, aufstrebenden Industrien nicht dem Mutterlande zu liefern im Gefahr bringen wollen, preisgegeben müssen und die Förderung von Vorratskassen für die Kolonien und das Mutterland gegenüber dem Auslande bei dem gegenseitigen Warenaustausche an die Stelle gesetzt.

Die Chamberlainisten, die ihren Anhang so gut wie ausschließlich aus konservativen Kreisen rekrutieren, haben sich mit ihrem imperialistisch-schwarzöllerischen Programm als ein Keil zwischen die Liberalen und Konservativen, auch Unionisten genannt, geschoben, von denen die ersten mit aller Scharfe an dem Prinzip des Freihandels festhalten, während die Konservativen, soweit sie nicht ganz auf Chamberlain schwören, sich nur zögernd und widerwillig dazu benentzen haben, wenlastig die von Balfour aufgestellten Vergeltungsmaßnahmen gegenüber dem zollpolitisch feindseligen Auslande unter Absehung aller anderen Forderungen des ehemaligen Kolonialministers zu befürworten.

Gors ohne Einfluss ist die rostlose Aktion des Chamberlain's

aber doch auch auf die Liberalen nicht geblieben, insoffern der

rein imperialistische auf die Stärkung der politischen Stellung

England's verdeckte Teil seines Programms die Billigung der

Roseberyschen Gruppe gefunden hat. Damit hängt aufs engste

die Führung der onkriktischen Geschäfte zusammen, und es er-

scheint symptomatisch, dass der Posten des Staatssekretärs des

Außenfern ebenfalls einem Vertreter jener Richtung, Sir Edward Grey, zu teil geworden ist. Der neue Leiter der auswärtigen

Politik Großbritanniens hat auch noch unmittelbar vor seinem

Amtsantritt Gelegenheit genommen, sein imperialistisches Ve-

rfenntnis durch die ausdrückliche Erklärung abzuzeigen, dass das

neue Kabinett an der alten Bündnispolitik mit den Vereinigten

Staaten, Italien und Frankreich unverändert festhalten werde.

Ein Einverständnis mit Deutschland kommt nur so weit in Frage

kommen, als dadurch die englisch-französischen Beziehungen nicht

gestört würden.

Irgendwelche grundlegenden Änderungen ist darnach weder in der inneren, noch in der äußeren Politik von der neuen Regierung zu erwarten. Nur das eine dürften wir wohl allem Anschein nach in Deutschland erhoffen, dass der unter Balfour anleitlich gewordene aggressive Ton in dem amtlichen Verkehr zwischen beiden Vätern nicht gesellschaftlich beibehalten wird. Dieser Umstand könnte indessen nur dann als wirklicher Anlass zum Befreien bewertet werden, wenn Balfour in Hand damit ein ernstlicher Umschlag in der Haltung der öffentlichen Meinung und der Presse ginge, und wenn ferner die liberale Regierung Ausicht auf einen lärmenden Verstand hätte. Beides muss doch wohl wogende realpolitische Urteil leisten als wenig wahrscheinlich beginnen. Im Hintergrunde taucht schon die Kampfschäfte Chamberlain's auf, der die Liberalen ebenso wie die Konservativen mit fluger Taktik in der Regierung sich abwehrhaften lassen will, um dann selbst die Erbshaft beider anzutreten. Je stärker aber der Einfluss Chamberlain's und seiner Ideen im englischen Volke ist, desto nachhaltiger und vertiefter — darüber dürfen wir uns nicht täuschen — wird auch die Feindseligkeit der öffentlichen Meinung Großbritanniens gegen Deutschland werden; denn Chamberlain ist es, der, im Widerspruch mit der Wahrheit, die auf die Vereinigten Staaten als den schärfsten wirtschaftlichen Gegner Englands hinweist, das Deutsche Reich als den Vorwand hinstellt, den England am meisten auf dem Weltmarkt und in der Weltpolitik zu fürchten habe.

Neueste Drahtmeldungen vom 12. Dezbr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, (Priv.-Tel.) Die gestern wegen Beschlusshäufigkeit des Hauses unterbliebene Abstimmung über den Antrag auf Überweisung des Geheimnissurts betraf die Handelsbeziehungen zum britischen Reiche an die Budgetkommission wird auch heute, da das Haus augenblicklich noch nicht beschlussfähig ist, auf Vorschlag des Präsidenten vorläufig zurückgestellt und in der ersten Sitzung des Hauses aufzurütteln. — Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirthl. Verl.) beschwert sich über zu späte Einberufung des Reichstags und über die Verweigerung der Täten. Allein Herr Verdel zweifte die Friedensliebe des Reiches an. Er sei aber glücklicherweise nicht maßgebend am allerwenigsten zum Friedensmittler, sei er doch Störenfried sogar in seiner eigenen Partei. Zu den Wünschen betr. Verhöldung der Flotte über die Vorlage hinaus bemerkte Redner, die Regierung müsse wissen, was sie zu fordern habe; sie trog dafür auch die Verantwortung. Gefade durch einen allmählichen Aufbau werde vielleicht die endg. Errichtung unserer Flotte am besten gesichert. Sein Standpunkt sei:

Derne rüsten, ohne zu reden! Den Reichslanden bitte er besonders um einen starken Schutz unserer Brüder im Auslande. So in Oesterreich-Ungarn, feiner in den russischen Provinzen, wo deutsche Untertanen von Banden an Leben und Gut bedroht seien. So die russische Regierung sie jetzt nicht zu schützen vermöge, stützten diese Elemente, die doch für Deutschland so wertvoll seien und auch für uns wertvolle Elemente wären könnten, mehr als ihnen bei uns eine gute Annahme zu würdigen sei. Es müsse für sie bei uns ebenso eine Hilfsaktion eingesetzt werden, wie seitens unserer Juden für die russischen Juden. Und so mehr, als unsere deutschen Brüder — im Gegensatz zu den Juden — unbeschädigte Opfer der russischen Revolution seien. Wie in Russland, so hätten die Juden auch bei uns das getan; sie sollten sich die jungen Börger in Russland zur Warnung dienen lassen, sonst könnte vielleicht auch bei uns die Judenfrage auf die einfache Weise gelöst werden: Wer den Juden tödlich ist, beeibt ihn auch leicht rechtlich regelt. Juden links! Eine Sanierung der Reichsfinanzen sei unerlässlich; aber offen vorliegenden Steuerentwürfen könne auch er nicht ausstimmen. Als eine gerechte Steuer empfiehlt er die Wehrsteuer, vor allem aber eine Reichsdeinkommenssteuer und eine Steuer auf den Wertgewinn des Grund und Bodens in den Städten, weiter eine Unterländ. und Bafsteuer und einen Ausfuhrzoll auf Salz. Aus der Börsesteuer könnte noch viel mehr herausgelöscht werden. Redner tritt dann für eine kleine Mittel schenende Kolonialpolitik ein. Tie vielen neuen Vorlagen könnten abgenommen bei gutem Willen alle erledigt werden. Man rät mir zu: Vorsichtshalber! Mit dem Vorsichtshalber hat es am wenigsten Eile; kommt es aber wirklich noch dazu, so muss jedenfalls die Börse noch mehr zur Steuer herangezogen werden. Der Regierung danke ich für ihre bauernfreudliche Politik. Möge sie darin fortfahren, denn wer weiß, wie bald sich die Regierung auf ihre Bauern wird stützen müssen, die von der Sozialdebatte nichts nicht angefasst sind. — Staatssekretär Graf Borsig war sehr erfreut den gegen die Regierung erhabenen Vorwurf, sie habe rücksichtlos gegen den Reichstag gehandelt, indem sie die vorläufige Session des Reichstags so früh geschlossen habe, für ungerechtfertigt. Das Recht der Diskontinuität sei ein wichtiges monarchisches Recht, welches die Krone jederzeit nach einem Ereignis zu üben befugt sei. Ein fadlicher Schaden sei durch den frühen Schluss nicht entstanden. Die Militärversorgungs- und die Mar. und Gewichts-Ordnung waren damals von der definitiven Erledigung noch weit entfernt. Diese Gesetze sind ebenso das Vorsichtshalber sind jetzt sofort wieder vorweg gebracht. Die Dienstfrage anlangt, gehtet der Staatssekretär zu, sobald für die Tagesschule wichtige sachliche Gründe sprechen. Es kann aber auch schwere politische Bedenken dagegen bestehen. Jedenfalls würde dadurch eine Änderung der Verfassung notwendig. Der Dienstmarshall sei auch gar nicht der eigentliche Grund der geringen Präzision im Hause; viel mehr ins Gewicht falle, dass seit 20 Jahren so viele neue politische Körper gebildet worden seien, an denen auch Mitglieder des Hauses beteiligt seien. Auch die Räume der Arbeiten sprechen mit. Eine knapper Behandlung der Geschäfte im Reichstage, eine Beschränkung in den Reden verbürgt für die Präzision mehr Erfolg als Täten. Redner wendet sich dann zu den sozialen Fragen. Die moderne Arbeiterbewegung sei ein Schrift der industriellen Entwicklung mit ihrer Konzentration von Arbeitern. Diese seien immer nur — und das veranlaßt so unablässige Lohnbewegungen — das Glück der Unternehmer, deren Gewinn, aber sie seien nicht das höchste Glück, ist Unternehmungen. Wenn Lohnforderungen übersteigt werden, trägt am Ende doch immer wieder der Arbeiter den Schaden. Die Arbeiter müssen wirtschaftlich einsichtiger werden, um die Zusammenhänge zwischen Arbeitslohn und Arbeitsmarkt besser überleben zu lernen. Die Intelligenz unserer Arbeiter ist ja außerordentlich gewachsen, und ich kann nur hoffen, dass sie durch intelligente Anteilnahme bei den Kämpfen auf dem Arbeitsmarkt einen durch Selbstkontrolle beschränkten Gebrauch machen. Einiges ganz anderes aber, als die moderne Arbeiterbewegung, ist die Sozialdemokratie. Diese beharrte, die bürgerliche Gesellschaft sei nicht im Stande, berechtigte Forderungen der Arbeiter zu erfüllen. Der Staat müsse deshalb von Grund aus neu aufgebaut werden. Nichts ist, das es leider noch viele bürgerliche Kreise gibt, welche auch in den berechtigten Forderungen der Arbeiter sozialdemokratische Belehrungen erblicken. (Scheitert richtig links.) Außerdem ist es aber doch fast, dass Balfour in seinem anderen Lande der Welt, so wie in Deutschland, auch den unteren Massen ihr soziales Recht zu teilen wird. (Scheitert richtig und lebhaft. Beifall rechts.) Um so mehr muss ich mich wundern, dass nach dem Ausfall der letzten Wahl 3 Millionen erwachsener Arbeiter den modernen Staat für durchaus moralisch erachten. Es liegen ferner nach meiner Auffassung zwei Gründe vor: 1., dass wir aus dem alten Staat so manche kleinen politischen Gesichtspunkte mit übergekommen haben (Befreiung Preußens links); 2., dass mit dem wachsenden Wohlstand nicht die Erfordernisse der jungenen Hand in Hand geblieben ist. (Scheitert richtig links. Beifall.) Gewachsen ist der Materialismus, gewachsen die Gewissheit, dass, dass ich es manchmal trouvend bedaure. (Beifall.) Deshalb hat die bürgerliche Gesellschaft die Sozialdemokratie nicht zu überwinden vermöht. Auf beiden Seiten besteht großer Materialismus, und sich ein größeres Maß bürgerlichen Ernstes ereignen. Nur dann kann es besser werden. (Beifall.) Wir haben in Deutschland zu Beginn des 16. und 19. Jahrhunderts Perioden der Renaissance gehabt. So wünsche ich, dass auch jetzt das deutsche Volk eine geistige und spirituelle Wiedergeburt erlangt. Dann nur werden die bürgerlichen Massen, dann wird die bürgerliche Gesellschaft wieder den Einfluss und die Stärke erlangen, die sie benötigen muss. (Beifall.) — Abg. Schwedt (Freil. Verl.) findet in den Neuerungen des Staates, insbesondere in den vielen neuen politischen Gesichtspunkten mit übergekommenen kleinen Städten, dass ob dieser ein ganz nutzloses Institut sei. Daegen müsse er, wie er glaubte annehmen zu dürfen, wohl im Namen des ganzen Reichstags protest erheben. (Beifall.) Redner rät dann nochmals seiner Freunde für die Marineförderungen und für den potentiellen allmählichen Ausbau der Flotte ein. Für die Kolonien müssten, wie die Dinge liegen, mit nun einmal jungen, doch sie so gewaltig werden, dass wir allmählich zu geordneten Verbünden kommen, das koste Geld. Hätten wir das Geld aber schon früher verausgabt,

Pramanns Erbswurst!
Pramanns Suppe! Fabrik Bad Salzel